

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Postamt Nr. 20.

Postamt Nr. 20.

Für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 88.

Montag, 12. April 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 2.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postamt monatlich 2.10 Mark ohne Zustellgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 2 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 40 mm breite, 3 mm hohe Grundstiftungszeile (7 Zeilen) 30 Pf., Zeitraumbewerben und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 30 Pf., feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Überzahlungen unterhaltenungslos, "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Expedition oder der Verlagsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Bauer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Krankenzulagen.

Die fehlende Versorgungsfrage geklärt nicht, so reichliche Krankenzulagen, wie dies bisher erfolgte, weiterhin zu gewähren. Die Verste sind dahingehend verständigt worden, die Kranken oder deren Angehörigen wollen deshalb nicht mit zu großen Forderungen an die Verste herantreten, und diesen dadurch ihre Tätigkeit erschweren. Die ärztliche Prüfungsstelle ihrerseits möchte gegebenenfalls aus obigem Grunde und zugleich in Beachtung der vom Ministerium des Innern für die Bewilligung von Krankenzulagen erlassenen Richtlinien die beantragten Zulagen entsprechend herabsetzen. Großenhain, am 9. April 1920.

4 VII.

Die Amtshauptmannschaft.

Wegen Reinigung der Diensträume können

Freitag, den 16. und Sonnabend, den 17. April d. J.

bei dem Amtsgerichte Riesa nur dringliche Sachen erledigt werden.

Tuberkuloseberatungsstelle in Riesa betr.

Nachdem die Einrichtung der Tuberkuloseberatungsstelle in Riesa beendet ist, wird bekannt gegeben, daß die Beratungskunden vom 13. April 1920 an gemeinschaftlich mit Herrn Dr. Walcha von der hiesigen Wohlfahrtsvereinsleitung abgehalten werden.

Abbrücken der Franzosen?

Der Pariser Berichterstatter der „Idea Nazionale“ meldet, nach seinen Informationen sei Frankreich bereits bemüht, einen ehrenvollen Ausweg aus der verhängnisvollen Lage, in der es angesichts der Duldung seiner Verbündeten ist, zu finden. Frankreich sei bereit, Frankfurt zu räumen, wenn die deutschen Truppen aus der neutralen Zone zurückgezogen werden. In einigen Kreisen in Paris berichtet man, das Abbrücken der Franzosen sei eine Frage von Tagen.

Unter dem Titel „Die Agonie der englisch-französischen Allianz“ berichtet der Pariser Vertreter der „Idea Nazionale“ über die hochgradige Nervosität und Besorgnis der französischen Presse und ihren Wut gegen England. Die englische Regierung und Presse, schreibt der Berichterstatter der „Idea Nazionale“, haben Frankreich bis Sonnabend eingeschlossen, um es dann plötzlich vor die Wahl zu stellen, die keinen Ausweg läßt. Frankreich ist auf schwerer getroffen und zählt heute verdorrten Herzens die insofern seiner blinden egoistischen Politik verlorenen Freunde. Millerand sei bereit, die Truppen zurückzuziehen, vorausgesetzt, daß das Ruhrgebiet geräumt werde. „Idea Nazionale“ schließt: Die Allianz ist also tot. England braucht sie nicht mehr.

Ruhe in Frankfurt a. M.

Der gestrige erste Sonntag nach der Befehung verlief bei lebhaftem Straßentreiben vollkommen ruhig. Sowohl Bevölkerung wie Besatzungstruppen verhielten sich gegenseitig durchaus zurückhaltend. An die Frauen und Mütter Frankreichs richtete sich ein Aufruf der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit. Sie werden ermahnt, den Männern und der Jugend ein Vorbild würdiger Zurückhaltung zu sein und so dazu beizutragen, daß die Unbequemlichkeit eines Einzelnen nicht zu einer schweren Gefahr für die Gesamtheit führe.

Die französische Note an England.

In der von Frankreich der britischen Regierung übermittelten Note heißt die französische Regierung zunächst, daß über die Loyalität ihrer Haltung kein Zweifel bestehen kann. Die Kriterien sind von ihrer Politik her verständlich worden. Die französische Regierung hat immer erklärt, gegen den Einmarsch weiterer deutscher Truppen in das Ruhrgebiet zu sein und beigefügt, daß die Erlaubnis hierfür auf jeden Fall die militärische Befehung von Frankfurt und Darmstadt zur Bedingung haben müsse. Am 3. April informierte die französische Regierung ihre Vertreter in den alliierten Hauptstädten in diesem Sinne durch ein Telegramm, dessen Abschrift gleichzeitig den alliierten Vorgesetzten in Paris zugesandt wurde, worin Marshall doch die militärischen Maßnahmen prüfte, die nunmehr weder vermieden noch aufgeschoben werden konnten. Andererseits erinnert die französische Regierung daran, daß es sich um die Verletzung einer der feierlichsten Bestimmungen des Vertrages handelt und daß die deutsche Regierung selbst die Notwendigkeit einer vorherigen Zustimmung auf Aushebung des Art. 13 und gleichzeitig das Recht der französischen Regierung, hierfür ein Verbot zu verlangen, anerkannt hat. Wie hätte die französische Regierung über das deutsche Versprechen, die Reichswehr sofort nach wiederhergestellter Ordnung zurückzuziehen, in Zweifel sein können? Weder für die Wiedergutmachungen, noch für die Auslieferung der Schuldigen, noch für die Strafen, noch für die Entlassung der Armee haben die Alliierten die durch den Versailles Vertrag ausbedungenen Satisfactionen erhalten. Hat die britische Regierung die Gefahr dieser fortgesetzten systematischen Verletzungen wohl berücksichtigt? In welchem Augenblicke glaubt sie auf dem Wege der Resolutionen stillstehen zu dürfen? Auf jeden Fall ist Frankreich jetzt gezwungen, zu sagen: Es ist genug! Es verlangt weiter nichts mehr als dies zusammen mit den Alliierten zu erklären. Die französische Regierung ist nicht weniger als die englische Regierung von der unumgänglichen Notwendigkeit überzeugt, die Einigkeit der Alliierten in der Ausführung des Friedensvertrages aufrecht zu erhalten. Dieses enge Einverständnis zwischen Frankreich und England scheint ihr jedenfalls unerlässlich zu einer gerechten Lösung der großen Probleme, die sich gegenwärtig der Welt sowohl in Rußland und auf dem Balkan, wie in Kleinasien und im Mittel Osten. Die Note schließt mit der Versicherung, daß die französische Regierung auf Grund dieser Erwägungen sich völlig bereit erklärt, sich vor ihrem Gange in allen internationalen Fragen, welche die Ausführung des Friedensvertrages aufweist, die Zustimmung der Alliierten zu holen.

Die englische Antwort.

Wie die Pariser Presse mitteilt, hat Lord George Sombard vor seiner Abreise nach St. Remo noch die Antwort auf die französische Note festgesetzt, und in Paris erwarbete man ihre Uebersetzung im Laufe des gestrigen Tages. Einem Berichterstatter des „Echo de Paris“ erklärte Millerand, er habe die Absicht, der französischen Kammer heute Kenntnis von der Antwort der englischen Regierung zu geben und sie gleichzeitig über die allgemeine Lage zu unterrichten. Das sei selbst aus London: Lord George ist vorher nach St. Remo abgereist. Auf dem Bahnhof erklärte Lord George vor seiner Abreise auf Journalisten, daß die Vorbereitungen zu seiner Reise auf dem Seewege schon seit längerer Zeit getroffen worden seien. Es sei lächerlich, anzunehmen, daß er abseits der Fahrt über Paris verbleibe.

Waldschnecken wird nicht besetzt. Amtlich wird aus Berlin gemeldet: Die deutsche Regierung hat die französische Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß sich nach vorliegenden Nachrichten französische Truppen im Ruhrgebiet in der Richtung auf Aachen befinden. Für den Fall, daß sich diese Nachrichten bewahrheiten, halte sich die deutsche Regierung für verpflichtet, mit allem Ernst auf die Gefahren des wachsenden Zusammenstoßes der vordrückenden französischen Truppenteile mit deutschen Truppen hinzuweisen. Auf Grund dieser Note hat Paris am 10. April den deutschen Geschäftsträger in Paris davon verständigt, daß Frankreich nicht daran denke, Aachen besetzt zu werden. Auch Stettin sei nicht besetzt worden. Die Vorposten hätten lediglich aus militärischen Gründen bis in die Nähe dieser Stadt vorgeschoben werden müssen.

Protest der französischen Sozialisten. An der Spitze der Sonnabend-Ausgabe der „Humanité“ wird ein Protest des ständigen Verwaltungsausschusses der sozialistischen Partei gegen das Vorgehen der französischen Truppen in Frankfurt veröffentlicht. Außerdem tadelt die Entschiedenheit die Letzt von der französischen Regierung eingeschlagene Politik, die eine Politik des nationalen Hochs genannt werde.

Sitzung des Völkerbundes. Der Völkerbundrat, unter Vorsitz von Bourgeois als Vertreter Frankreichs, tagte am Sonntag abend in Paris. Beteiligt waren Großbritannien, Belgien, Japan, Spanien, Griechenland und Brasilien. Vier Fragen standen auf der Tagesordnung: als erste die über die Verwaltung von Danzig. Der Völkerbund übernimmt, nach dem nach kurzer Verhandlung gefassten Entschluß, das ihm angebotene Mandat über Danzig, aber unter der Bedingung, daß dieses Mandat durch eine neutrale Macht ausgeübt wird.

Reichswehr gegen Holz.

Aus Dresden wird uns von Sonntag nachmittag gemeldet: Nachdem bereits am Sonnabend Militärtransportzüge, worin ein Panzerzug, die Dresdener Bahnhofe verlassen und in der Richtung nach dem Vogtlande weiter geleitet wurden, folgten im Laufe des Sonntag weitere Truppentransporte. Es handelt sich um eine größere, umfassende militärische Maßnahme gegen Holz und seine Genossen. Die große Militärberaterschleife des Reichsbahnhofes gewährte insbesondere am Sonntag nachmittag zeitweise ein recht kriegerisches Bild, wie man es seit der Mobilisierung nicht wieder zu sehen bekommen hat. Nach dem Umfange der Truppenbewegungen zu urteilen, scheint die Regierung nunmehr allen Ernstes die versäunungsbedingten Vorgänge im Vogtlande ausrotten zu wollen, die weit über Sachsen hinaus einen gewissen Spott verursacht. Die im Laufe des Sonntag von außerhalb eingetroffenen, teilweise in Dresden umgeleiteten Reichswehrruppen waren in bester Verfassung und Stimmung. Die hierzu beauftragt, sind die Truppentransporte am Sonnabend nicht über Chemnitz befördert worden. Die dortige Arbeiterkraft, bezw. der Aktionsausschuss sollten erst vor einigen Tagen gedroht haben, daß sofort der Generalstreik und offene Aufruf proklamiert werden würde, wenn Reichswehr gegen Holz aufgeschoben werde. Nach weiteren Mitteilungen wird das ganze Vogtland planmäßig von allen Seiten durch Reichswehr eingekreist, die ersten militärischen Handlungen dürften heute Montag zu erwarten sein. Wenn man die Proklamationen des Holz und seiner Genossen der letzten Wochen und Tage betrachtet, und ernst nimmt, dann stehen für das ganze Vogtland, insbesondere für den Fallenstein-Plauerer Bezirk zwei bis drei folgen schwere Entschendungsstunden bevor. In militärischen Kreisen betrachtet man aber die ganzen Drohungen als nur als einen Witz, damit angeblich gegen Holz nichts unternommen werde, denn selbst der weitestgehende Teil der Arbeiterkraft des Vogtlandes ist selbst darüber schon längst klar, daß Holz und seinen Genossen das Mittelmittel — eine ruhige,

Die Beratungskunden finden statt:

an jedem 2. und 4. Dienstag im Monat vorm. von 9—10 Uhr im früheren Brauereiwohnhause hinter dem Rathaus. Ein Entgelt ist für die Beratung nicht zu zahlen. Die Beratungskunden dürfen gleichzeitig von den Einwohnern der Gemeinde Weida, insbesondere von den in Neu-Weida wohnenden Verlenen aufgeführt werden. Ueber die Aufgaben der Tuberkuloseberatungsstellen gibt ein Artikel im lokalen Teil dieses Blattes näheren Aufschluß. Im Interesse der Volksgesundheit wird eine rege Beteiligung seitens der Lungenkranken oder lungengefährdeten Einwohner an dieser Einrichtung anempfohlen. Wohlfahrtsamt Riesa, am 9. April 1920.

Wir bringen hiermit zur allgemeinen Kenntnis, daß Herr Max Emil Herrmann als Schumann der Gemeinde Gröba angestellt und in Pflicht genommen worden ist. Gröba (Elbe), am 10. April 1920. Der Gemeindevorstand.

Öserrankauf geschlossen. Öen- und Strohanlauf wegen Platzmangel vorübergehend eingestellt.

friedliche Entwicklung unseres so vollkommen zu Grunde gerichteten Wirtschaftslebens — erst recht nicht zu erwarten ist. — In vorstehender Meldung wird noch weiter mitgeteilt, daß auch durch Lazarettzüge für schnellen Abtransport verwundeter gesorgt ist, falls es wirklich zu Kampfhandlungen kommen sollte.

In Plauen fanden Sonnabend nachmittag wiederum vier große Massenversammlungen statt. Zur Versammlung im Besenbüschchen war Holz selbst erschienen und lezte von neuem sein kommunistisches Programm dar. Nach seiner Rede in dieser Versammlung besitz Holz das Auto und verließ Plauen in der Richtung Hof. In der 7. Abendunde erschien er von neuem in der Versammlung im Schillergarten und teilte mit, daß er in Hof gewesen sei und daß von dort aus Reichswehrruppen im Anmarsch seien, die noch Sonnabend oder Sonntag früh in Plauen eintreffen würden. Holz teilte ferner mit, daß er den Generalstreik der gesamten Arbeiterkraft proklamiert habe. Er fordere die Arbeiterkraft auf, sich ruhig zu verhalten und nichts gegen die Reichswehrruppen zu unternehmen. Er wolle sein Geschick selbst in die Hand nehmen. Er habe seinen Leuten den Auftrag erteilt, mehrere Grobhandwerker festzunehmen und auszubringen. Ferner werde er mehrere der größten Bienen in Brand stecken lassen. Zum Zeichen des Beginnes des Generalstreiks und des Anrückens der Truppen ließ Holz künstliche Gloden Plauen läuten. Die Einwohner befanden sich in begrifflicher Erregung, jedoch verhielt sich alles ruhig.

Nach einer anderen Meldung ist es am Sonnabend in Plauen zu schweren Ausschreitungen und Plünderungen gekommen. Im Café Trümel wurden sämtliche anwesenden Gäste die Geldtaschen abgenommen. Der Wirt eines Betriebsrestaurant, der sich weigerte 10 000 Mk. auszuliefern, wurde fortgeschleppt, konnte aber vom Publikum auf der Straße befreit werden. Auch in verschiedene Privathäuser drangen die Plünderer ein. Bei dem Siegelbesitzer Rosenbach wurde der Geldschrank erbrochen und beraubt. Sein Sohn wurde als Geisel festgenommen, desgleichen der Rentier Tröger und der Fabrikbesitzer Alfred Stier. Noch in der Nacht räumten die Rotgardisten die von ihnen besetzte Kaserne, das Rathaus und den Bahnhof und fuhren sodann unter Abnahme der Geiseln nach Falkenstein ab. Eines ihrer Automobile verunglückte unterwegs, wobei es mehrere Verletzte gab. In der Stadt Plauen ist nach dem Abzug der Roten Garde Ruhe eingetreten. Reichswehrruppen, die von verschiedenen Seiten her im Anmarsch sein sollen, waren bis Sonntag nachmittag noch nicht eingerückt.

Brandstiftungen in Falkenstein.

In der Nacht zum Sonntag wurden in Falkenstein die Villen von Baumweller Kaiser, Fabrikbesitzer Thörs, Kaufmann Krüthenherd, Kaufmann Lange und Baumeister Baumann in Brand gesetzt. Im Hofe des Amtsgerichts ließ Holz die den Einwohnern abgenommenen Waffen verbrennen. Um 4 Uhr früh verließen Holz und seine Anhänger, nachdem sie die Geiseln freigelassen hatten, in zehn Automobilen die Stadt und begaben sich nach Klingenthal. Dort ließ Holz den Berichtspalter der „N. N.“ und einen Journalisten der U. S. P. frei. Sonntag nachmittag kehrte Holz nach Falkenstein zurück.

Beginn des Einmarsches ins Vogtland.

In Leipzig. Der konzentrische Einmarsch von Reichswehrruppen in das Vogtland hat begonnen. Während starke bayrische Kräfte mit Artillerie von Hof her zusammengezogen sind, und andere Truppen über die Chemnitzer Gegend vor gehen, sind auch von Leipzig aus mehrere Abteilungen in March gesetzt worden. In der Umgegend von Plauen sollen bereits Truppen stehen. Die Plauerer Kommunisten sollen den Generalstreik proklamiert haben. In Plauen herrscht Ruhe.

Abkündigung des Generalstreiks in Chemnitz.

In der am Freitag und Sonnabend in den Betrieben stattfindenden Urabstimmung stimmten 61 000 Personen gegen und 37 804 Personen für den Generalstreik beim Einmarsch der Regierungstruppen im Vogtland gegen Holz und zur Wiederherstellung der Ordnung. Der Chemnitzer Volksguard hat an die Chemnitzer Bevölkerung folgenden Aufruf erlassen: Reichswehrruppen stehen vor Chemnitz. Die Orte Gitscha, Wittweide und Franz-